

"Alarmierender Einblick"

Bundesinnenminister Otto Schily über die Darstellung der türkischen Parallelgesellschaft in Necla Keleks Buch "Die fremde Braut"

Innenminister Schily

"Anlass zu großer Sorge"

ie Integration von Bürgerinnen und Bürgern ausländischer Herkunft ist lange als Problem verdrängt worden. Wie mit zwei Scheuklappen wurde versucht, die Realität auszublenden: zur Rechten mit der Parole, Deutschland sei kein Einwanderungsland, zur Linken mit

dem Credo reiner Multikulti-

Seligkeit.

Wer die Augen öffnet, sieht erfreulich viele Beispiele gelungener Integration. Der Blick fällt aber auch auf Parallelstrukturen, die Anlass zu großer Sorge geben, sofern sie losgelöst von der übrigen Gesellschaft existieren.

Necla Kelek gibt einen alarmierenden Einblick in eine solche Parallelgesellschaft. Ihr Buch "Die fremde Braut" erzählt die Geschichten türkischer Frauen, die durch Zwangsheirat mit ei-

nem ihrer Landsleute nach Deutschland gekommen sind*. Sie heißen Emine, Zeynep oder Fadime, sind in der Türkei aufgewachsen und typischerweise von ihren Eltern im Alter von 16, 17 oder 18 Jahren mit einem meist unbekannten Landsmann oder entfernten Verwandten in Deutschland verheiratet worden. Hier sind sie dann

* Necla Kelek: "Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland". Kiepenvöllig der Familie verpflichtet - meist ohne Kontakt zur deutschen Gesellschaft und ohne Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Kelek, selbst Türkin mit deutschem Pass, hat eine Reihe dieser sogenannten Importbräute - eine Bezeichnung, die schon

für sich genommen einen entwürdigenden Charakter hat - interviewt. Für den Großteil dieser Frauen ist Integration ein Fremdwort. "Ich bin nicht nach Deutschland gekommen", sagt eine, "sondern in eine Familie." Die Welten, aus denen Kelek berichtet, sind Innenwelten ohne Außenwelt.

Die Autorin kennt beide Seiten, innen und außen. Ihr eigener Weg zu Freiheit und Selbstbestimmung stand jedoch unter glücklicheren Vorzeichen als jener, den Fatih Akin in seinem Film "Ge-

gen die Wand" so dramatisch geschildert hat. Die promovierte Soziologin wurde 1957 in der Türkei geboren und kam 1966 mit ihren Geschwistern zu den Eltern nach Deutschland. Im autobiografischen Teil des Buchs erzählt sie von einer glücklichen Kindheit in Istanbul, als auf den Hügeln über dem Bosporus der "American Way of Life" entdeckt wurde. Beiläufig lernt der Leser hier mehr über die moderne Türkei, über ihre Fort- und Rückschritte, als in manchem gelehrten Aufsatz.

Autorin Kelek, SPIEGEL-Titel 47/2004 Eine soziale Tragödie",

Keleks Eltern nahmen teil am Aufbruch der Türkei gen Westen und brachen schließlich selbst nach Deutschland auf. Der Urgroßvater hingegen war noch als Sklavenhändler am Hof des Sultans reich geworden. Die Autorin kennt die Bräuche

> ihrer tscherkessischen Vorfahren und türkischen Landsleute. Bei einer ritualisierten Tasse Mokka angebahnte Zwangsehen waren in ihrer Familie keine Seltenheit. Bewusst schildert Kelek den kulturhistorischen Hintergrund aber nur, um die Tradition der Zwangsheirat verständlich zu machen, nicht um ihre fortwährende Praxis zu verteidigen.

> Das Buch ist eine Klageschrift, denn Zwangsehen "sind ein schweres Schicksal für jeden,

der davon betroffen ist. Sie sind eine soziale Tragödie". Wer die von Kelek aufgezeichneten Lebensberichte der nach Deutschland verkauften "Importgelins" liest, wird dem nur zustimmen können. Der grundsätzlich gebotene Respekt vor kulturellen Traditionen findet seine Grenzen in der uneingeschränkten Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte. Zwangsheiraten können in einem demokratischen Rechtsstaat auf keinen Fall geduldet werden und lassen sich weder mit kulturellen noch mit religiösen Traditionen rechtfertigen. Ihre Praxis zu beenden ist eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft - für den einheimischen genauso wie für den zugewanderten Teil der Bevölkerung. Vor allem in den muslimisch-türkischen Milieus, aus denen Keleks Aufzeichnungen stammen, muss das Bewusstsein für die Verwerflichkeit von Zwangsehen erheblich gestärkt werden.

Kultureller Hochmut seitens der Mehrheitsgesellschaft wäre jedoch fehl am Platz. Brauthandel und Eheschließungen aus rein ökonomischem Interesse waren in Europa lange verbreitet, und die Rechte der Frau, zumal in der Ehe, sind auch im christlichen Abendland erst sehr spät gegen massiven Widerstand der Männer errungen worden. Die Gleichstellung der Frau ist sicher eine der größten Herausforderungen für die Modernisierung des Islam; dass dieser aber die Wurzel allen patriarchalischen Übels sei, wie die Autorin unterstellt, ist historisch gesehen kaum plausibel. Kelek weitet ihren berechtigten Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung türkischer Frauen jedoch zu einer radikalen Kritik am Welt- und Menschenbild des Islam aus. Der starke Gemeinschaftsbezug der Muslime ist ihr grundsätzlich suspekt. "In erster Linie trägt jedes Mitglied der Gemeinde mit seinem Handeln Verantwortung gegenüber der Familie, der Gemeinschaft und Gott." Freiheit und Verantwortlichkeit ge-

heuer & Witsch, Köln; 269 Seiten; 18,90 Euro.

genüber der Gemeinschaft sind gewiss keine unüberwindbaren Gegensätze. In einer pluralistischen Gesellschaft kann bekanntlich jeder nach seiner Façon selig werden, solange diese Façon die Freiheit anderer nicht beeinträchtigt.

Aber wie verträgt sich der Freiheitsgedanke, der für demokratische Gesellschaften konstitutiv ist, mit manchen Sichtweisen und Einstellungen, die Muslime für unverrückbare und unanfechtbare Wahrheiten halten? Oder anders und noch direkter gefragt: Wie viel Toleranz beanspruchen Muslime für eine Praxis der Intoleranz? Fragen dieser Art, so berechtigt sie sein mögen, bringen uns in die Gefahr von Pauschalisierungen, wo Differenzierung geboten ist, denn "den Islam" gibt es bekanntlich nicht. Radikal-kritische Fragen dürfen aber aus dem notwendigen Dialog mit den Muslimen nicht verdrängt werden.

Schon heute kann eine Zwangsehe aufgelöst und ihre Herbeiführung als Nötigung bestraft werden. In Zukunft sollen Zwangsheiraten jedoch regelmäßig als besonders schwerer Fall der Nötigung geahndet werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen hat der Bundestag im vergangenen Oktober einstimmig verabschiedet; die Regelung tritt demnächst in Kraft. Die zwangsweise Eingehung einer Ehe wird damit erstmals ausdrücklich in das Strafgesetzbuch aufgenommen, und das

Mindestmaß der angedrohten Freiheitsstrafe wird auf sechs Monate erhöht (bei einer Höchststrafe von fünf Jahren).

Auch die symbolische Wirkung eines neuen Straftatbestands "Zwangsheirat" wäre wohl begrenzt. Das größte Problem besteht doch vielmehr darin, ob die betroffenen Ehefrauen (oder in manchen Fällen die Ehemänner) es überhaupt wagen, die eigene Zwangsheirat anzuzeigen und ihre Auflösung zu beantragen. Hier spielen neben dem erheblichen Druck des sozialen Umfelds unter anderem auch Fragen des Aufenthaltsrechts und des Unterhaltsrechts eine Rolle. Ob weitere rechtliche Anpassungen tatsächlich dazu beitragen könnten, Zwangsehen wirkungsvoller als bisher zu unterbinden oder aufzuheben, sollte sorgfältig geprüft werden. Die Gefahr, dass zu weit gehende Regelungen beispielsweise durch Scheinehen ausgenutzt würden, ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen.

Die Tragödie der Zwangsheiraten lässt sich nicht allein mit juristischen Mitteln beenden, zumal die Beweisführung im familiären Umfeld oft schwierig und für alle Beteiligten belastend bleiben wird. Schon die Unterscheidung zwischen Ehen, die unter Zwang zustande kommen, und lediglich "arrangierten Ehen", bei denen beide Brautleute der elterlichen Wahl in freier

Entscheidung zustimmen, ist schwierig. Kelek sieht in diesen Fällen "keinen wesentlichen Unterschied". Aber kann der Staat bestrafen, was von den Betroffenen erklärtermaßen freiwillig besiegelt wurde? Andererseits finden nach einer aktuellen Studie des Bundesfamilienministeriums nur zehn Prozent der unverheirateten iungen türkischen Frauen in Deutschland arrangierte Ehen gut; fast zwei Drittel würden ein solches Arrangement für sich selbst "auf keinen Fall" akzeptieren. Wie viele von ihnen werden sich am Ende doch dem familiären Druck beugen? Verletzungen von Rechtsnormen müssen selbstverständlich geahndet werden. Die Bedingungen tatsächlicher Freiheit aber müssen von allen Rechtssubjekten in der Praxis immer neu geschaffen werden.

Integration ist die Grundvoraussetzung für eine intakte Gesellschaft und erweitert



Musliminnen aus einem Münchner Frauenhaus Bis zu fünf Jahre Gefängnis für Zwangsheiraten

die Möglichkeiten selbstbestimmter Lebensführung. Das gilt nicht nur für die Eingliederung von Bürgerinnen und Bürgern ausländischer Herkunft. Aber fremde Kulturen und Traditionen sowie eine andere Muttersprache erfordern besondere Anstrengungen – und zwar von beiden Seiten. Das Zuwanderungsgesetz, seit Jahresanfang in Kraft, schafft dafür gute Voraussetzungen. Es ist der Einstieg in eine systematische Integrationspolitik.

Necla Kelek leistet mit ihrem Buch einen wichtigen Beitrag, die Integrationsdebatte noch intensiver zu führen als bisher. Das Thema Zwangsheirat darf nicht verschwiegen werden, und die Autorin schreibt zu Recht: "Wenn sich etwas ändern soll, muss sich die Einstellung der Gesellschaft zu diesem Problem ändern." Sie weiß, dass sie mit ihrer offenen Anklage manche ärgern und auch "falsche Freunde" auf den Plan rufen wird, die schon immer das Scheitern der Integration vorausgesagt haben. Das sollte uns nicht davon abhalten, genauer hinzusehen und Einblick in Parallelstrukturen zu gewinnen, um gemeinsam zu verhindern, dass autonome Parallelgesellschaften entstehen. Wir alle brauchen mehr Aufmerksamkeit und Sensibilität, aber auch mehr Offenheit und Ehrlichkeit im Umgang miteinander.